

FRIEDENS JOURNAL



Frieden und Völkerrecht anstatt globalisierte NATO

Ostermarsch Rhein-Ruhr am 15.4.2017
Foto: Karl Reiner Engels (Flickr)



- Wer und was sind die G20-Staaten?
- Aufruf zu Gegenaktionen: NATO-Gipfel / G20-Gipfel
- UN-Vollversammlung zur Ächtung von Atomwaffen
- „De-facto“-Atomwaffenstaat Nordkorea
- Scharfe Abrechnung mit der US-Politik
- USA: Das Land verändert sich



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Mai - Juni 2017/Nr. **3**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Wer oder was sind die G20?	3
UN-Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen	8

BRENNPUNKT

„De-Facto“-Atomwaffenstaat Nordkorea	10
--------------------------------------	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Aufruf zu Gegenaktionen zum G20-Gipfel	5
Aufruf zu internationalen Aktionen gegen den NATO-Gipfel in Brüssel	6
Scharfe Abrechnung mit der US-Politik	12
USA: Das Land verändert sich	13
Neun Schritte in Richtung Frieden	15

RUBRIKEN

Buchbesprechung: EU-Militarisierung und NATO: Gemeinsame Expansionsstrategie	7
Wahres Verbrechen Nordkoreas: Kein US-Vasall	12

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.05.2017
 Die nächste Ausgabe erscheint am: 03.07.2017

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
 Bundesausschuss Friedensratschlag
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
 Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
 Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
 Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
 60329 Frankfurt am Main,
 Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
 e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
 Frankfurter Sparkasse
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
 BIC: HELADEF1822

Berichte und Reden zum Ostermarsch

Berichte in den Medien unter:
<http://www.friedensratschlag.de/>
 Startseite: Ostermarsch_2017

Zusammenstellung aller vorliegenden Redebeiträge unter:
<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2017/reden>

Frieden und Völkerverständigung anstatt Globalisierte NATO

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in diesem Jahr gingen wieder tausende Menschen aus Initiativen, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Jugendorganisationen für den Frieden auf die Straße. Die Ostermärsche waren wie immer international, bunt und thematisch vielfältig. Zentrale Themen waren: Kriege beenden, Waffenexporte einstellen und Rassismus stoppen.

Weitere Aktionen stehen an: Der G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli wird von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen zum Anlass genommen, um gegen globale Ungerechtigkeit zu protestieren. Für die damit verbundene Forderung zur globalen Zusammenarbeit zwecks Lösung der dringenden Menschheitsprobleme könnte ein G20-Gipfel beitragen. Jedoch stellt dieser durch die Dominanz der NATO - und der ebenfalls im Kanon der Aufrüstungspolitik vertretenen EU-Staaten - kein Forum für Lösungen, sondern ein Teil des Problems dar.

Dieses wird auch in dem Beitrag von Lucas Zeise deutlich, der die Geschichte der G20 kurz darstellt und nicht umhin kommt, die Belanglosigkeit der zu erwartenden Abschlusserklärungen anzuprangern. Das heißt: Konkrete Beschlüsse sind von diesem Gremium nicht zu erwarten.

Bereits in dem zentralen Aufruf für die Gegenaktionen zum G20-Gipfel spielt die Friedensfrage eine wichtige Rolle. Aus der Friedensbewegung wurde dazu noch ein ergänzender Aufruf verfasst, der sich auf die konkreten Forderungen an die deutsche Bundesregierung konzentriert und den wir auf Seite 5 abgedruckt haben.

Der G20-Gipfel ist eine gute Gelegenheit, um zu demonstrieren, wen die 20 Staatsoberhäupter nicht vertreten: Die Mehrheitsinteressen ihrer Bevölkerung und z.B. die Forderungen von zwei Dritteln der UN-Mitgliedsstaaten nach atomarer Abrüstung.

Die Aktionen gegen den G20-Gipfel sind eingebettet in eine Reihe weiterer lokaler, regionaler und zentraler Aktionen dieses Jahres:

Die internationale Friedensbewegung plant Gegenaktionen zum NATO-Gipfel am 24. Mai in Brüssel unter dem Motto: „Put people first, not war“ (siehe dazu Aufruf und Hinweise auf Seite 6).

Sowohl anlässlich des G20-Gipfels wie auch bei der NATO-Ratstagung gilt es auch zu demonstrieren, dass die Bevölkerungsmehrheiten der teilnehmenden Staatsoberhäupter die Forderungen von zwei Dritteln der UN-Mitgliedsstaaten nach atomarer Abrüstung unterstützen.

Während die NATO-Staaten Milliardenprogramme zur "Modernisierung" Ihrer Atomwaffen aufliegen, laufen in der UNO Verhandlungsrunden für ein völkerrechtlich bindendes und umfassendes Verbot von Atomwaffen. Die erste Runde fand Ende März statt, die nächste Runde hierfür ist in der zweiten Junihälfte vorgesehen. Die große Mehrheit der UNO-Mitglieder wird diesem Abkommen zustimmen, d.h. interessant sind die Begründungen der Länder, die sich einem solchen Abkommen verweigern, wozu auch die deutsche Bundesregierung gehört. Thomas Roithner aus Wien stellt den Status dieser Verhandlungen dar, die auf eine österreichische Initiative ("Austrian Pledge") vom Dezember 2014 zurück geht.

Die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes ist aktuell größer denn je zuvor aufgrund der Zuspitzungen im Konflikt zwischen den USA und Nordkorea. Wir haben in dieser Ausgabe dazu eine Seite aus dem sehr umfangreichen Glossar der Homepage "Atomwaffen A-Z" mit Stand vom April über Nordkorea abgedruckt. Dazu ergänzend ein Standpunkt von dem US-amerikanischen Politikexperten Daniel Shaw.

Auf der letzten Seite dieser Ausgabe weisen wir als Vorankündigung auf ein Tagesseminar des Bundesausschusses Friedensratschlag hin, in dem wir die aktuellen Kernfragen analysieren wollen, welche für unsere weitere Aktionsorientierung maßgebend sind.

Die Redaktion

Wer und was sind die G20-Staaten?

von Lucas Zeise, Chefredakteur der Wochenzeitung UZ

Was die Mächtigen seit 40 Jahren auf den Weltwirtschaftsgipfeln verabreden

Anfang Juli findet die erste Versammlung der G20 in Deutschland statt. Genauer gesagt in Hamburg. Die Bürger dieser Stadt müssen nun, nachdem sie erfolgreich die Zumutung von Olympischen Sommerspielen abgewehrt haben, diesen Pomp über sich ergehen lassen. Heute sagt man eher Großevent dazu. In jedem Fall gibt es gute Gründe, weshalb die demokratischen Kräfte gegen diese Großveranstaltung der Mächtigen auf die Straße gehen sollten.

Was im Umfeld dieser Konferenzen auf der Straße passiert, ist normalerweise interessanter als die Konferenz selbst. Das könnte in Hamburg anders sein. Die gewisse Spannung hinsichtlich der Frage, wie die Präsidenten und Regierungschefs miteinander umgehen, verdanken wir Donald Trump. Sein Programm "America first" richtet sich erklärtermaßen in erster Linie gegen die Verbündeten der USA, in zweiter Linie gegen die übrigen Teilnehmer am Gipfeltreffen der, wie es so schön heißt, größten Industrieländer der Welt. Trumps Beschwerden sind wirtschaftlicher Natur. Der G20-Gipfel ist ein Wirtschaftsgipfel. Trump wendet sich gegen den Freihandel, sofern er US-Unternehmen schadet. Freihandel und Globalisierung waren bisher immer der Konsens der G20-Oberhäupter.

Hier soll nur noch einmal kurz berichtet werden, welchen Charakter dieser G20-Gipfel hat und warum die Regierungen der mächtigsten Staaten des Globus diese regelmäßige Veranstaltung machen. Die erste Antwort gleich voraus. Diese Gipfeltreffen der Regierungschefs sind nicht nur Propaganda- und Selbstbeweihräucherungsereignisse. Das sind sie auch. Sie dienen den Mächtigen dazu, die krisenhafte Entwicklung des Weltkapitalismus ein wenig zu regulieren. Sie dienen dazu, die inhärente Konkurrenz der imperialistischen Mächte durch Absprachen und Resolutionen einzudämmen. Der Kapitalismus hat mehrere

Globalisierungswellen hinter sich. Das, was wir uns angewöhnt haben „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ zu nennen, das wirtschaftliche Eingreifen des Staates zugunsten der Monopole, muss auch international erfolgen.

Entstanden ist diese Form der Gipfeltreffen mit einer vorwiegend wirtschaftspolitischen Tagesordnung in der letzten großen Weltwirtschaftskrise in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Das war die Zeit, als die unmittelbare Prosperitätsphase der Nachkriegszeit zu Ende ging. Die Methode der bis dahin gültigen internationalen Finanz- und Wirtschaftsregulierung zerbrach. Das Abkommen von Bretton Woods (ein Ort an der US-Ostküste, wo die entsprechende Konferenz stattfand) zwischen den großen Industriestaaten unter Führung der USA zerbrach. Der am meisten hervorstechende Aspekt dieses Abkommens war die Bindung der Wechselkurse an den Dollar. Der Vorteil war, dass die Finanzspekulation eingedämmt war. Ein Nachteil war es, dass die USA mit ihrer Wirtschaftspolitik die der ganzen kapitalistischen Welt bestimmten.

1973 kündigten die US-Regierung unter Richard Nixon das System der festen Wechselkurse auf. Der Dollar fiel dramatisch. Die Wirtschaftskrise wurde durch die erratisch schwankenden Preise der jeweils anderen Währung noch verstärkt. Auch die Währungen der europäischen Länder schwankten stark zueinander. Die relativ kleinen europäischen Länder waren vom schwankenden Dollar, über den der Devisenhandel den Umtausch vollzog, stärker betroffen als die USA selbst. Nixons Finanzminister John Connally sagte in Richtung der Europäer dazu: Der Dollar ist unsere Währung, aber Euer Problem“.

In dieser Situation ging die Initiative für eine wirtschaftliche Koordination

zwischen den imperialistischen Staaten aus. Genauer vom deutschen Kanzler Helmut Schmidt und vom französischen



G20-Treffen 2014 in Australien, Quelle: Bundesbildstelle

Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Letzterer war Gastgeber des ersten G-Treffens im November 1975 auf Schloss Rambouillet in der Nähe von Paris. Teilnehmer waren außerdem die Ministerpräsidenten Japans, Britanniens und Italiens, sowie US-Präsident Gerald Ford. Ein Jahr später fand der nächste „Weltwirtschaftsgipfel“ in den USA statt. Auf Wunsch Fords wurde der kanadische Ministerpräsident dazu gebeten. Seitdem heißen die jährlichen Veranstaltungen G7-Treffen.

Der Niedergang Japans

Sehr viel ist bei diesen Treffen nie herausgekommen. Zwei Episoden sind allerdings bemerkenswert. Die erste ist der Niedergang Japans. Die in den 70er und 80er Jahren rasant wachsende Volkswirtschaft Japans wurde den anderen Großnationen und ihren Vertretern, besonders aber den USA, unheimlich. Die meisten G-7-Treffen in dieser Zeit beschäftigten sich mit dem Verhältnis Dollar zum Yen. Das Interesse der US-Regierung bestand darin, den Yen relativ teurer zu machen. Das ist ein schwieriges Unterfangen für ein Gremium, das seit der Installierung des Neoliberalismus als Staatsdoktrin selbstverständlich die Freiheit der Märkte und damit auch der Devisenmärkte hochhalten und sie keinesfalls politisch beeinflussen sollte. Dennoch gelang es. Der Yen stieg. Der Export

Japans ging zurück. Aber zugleich entwickelte sich in Japan eine Spekulationsblase vorher nicht gekannten Ausmaßes. Der Crash kam zum Jahreswechsel 1989/90, und die japanische Wirtschaft ist seitdem nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst.

Die zweite Episode betrifft Russland. Es dauerte bis 1998, bis Russland als rekapitalisiertes Land in den Kreis der Großen 7 und danach 8 zugelassen wurde. Als die Regierung Wladimir Putins den Wünschen der US- und europäischen Monopole nicht mehr ganz so willfährig war, wurde Russland wieder aus dem Kreis der Großen entlassen. Die Episode lehrt, dass die Koordinierung der weltweiten Wirtschaftspolitik im Rahmen der G-Veranstaltungen unter Führung der USA stattzufinden hat. Wer da nicht spürt, fliegt raus.

G20-Finanzminister seit „Asienkrise“ 1997

Die Erweiterung der G7 zur Gruppe der G20 ist eine Folge der aktuellen Weltwirtschaftskrise. Deren Vorläufer war 1997/98 die so genannte Asienkrise. Es war eine Krise der Tigerstaaten Ostasiens: Südkorea, Taiwan, Malaysia, Thailand, Hongkong, Singapur und Indonesien. Es war auch eine klassische Finanzkrise. Die Investoren in aller Welt hatten in Aktien, Anleihen und Immobilien in diesen Ländern investiert, weil die Tiger sehr schnell wuchsen und das dort angelegte Geld sich satt zu vermehren versprach. Wie bei Spekulationskrisen üblich, platzte die Blase - im Sommer 1997. Alles, was vorher gestiegen war, fiel nun steil ab. Einschließlich der Währungen dieser Länder. Das konnte sie nach ein paar Jahren, wie ebenfalls üblich, wieder wettbewerbsfähig machen. Aber nur, wenn die Volksrepublik China ihre Währung nicht ebenfalls abwerten würde. Eine Delegation des US-Finanzministeriums und des Internationalen Währungsfonds reiste nach Peking, um die dortigen Staatslenker zu bitten, die chinesische Währung nicht abzuwerten. Diese ließen sich darauf ein.

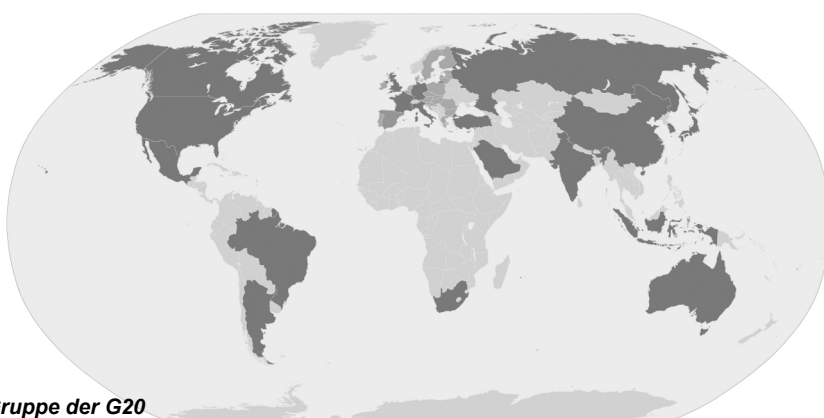
Seit dieser Zeit gibt ein G20-Treffen auf der Ebene der Finanzminister. Die Beziehungen der altkapitalis-

tischen Staaten zu Peking wurden enger, ja gelegentlich fast herzlich.

Nur ausnahmsweise Beschlüsse

Aber es bedurfte noch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/08, um China und die anderen Emporkömmlinge in den Kreis der Großen zuzulassen.

In der höchsten Not des kapitalistischen Finanzsystems, im Herbst 2008 fand die erste G20-Konferenz auf der Ebene der Regierungschefs statt. davor hatte es Treffen im Format G20 nur auf der Ebene der Finanzminister gegeben. Die Regierungen der alten



Gruppe der G20

*dunkelgrau: Mitgliedsstaaten, hellgrau: Länder, die durch die EU vertreten werden und keine eigenständigen Mitglieder sind
Spanien ist derzeit als dauerhafter Gast deklariert – Grafik: Wikipedia*

kapitalistischen Länder befanden sich in einem panikartigen Zustand. Sie legten selbst Wert darauf, dass die Chinesen mit an den Tisch kommen würden, um zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen. dasselbe galt für Indien und Brasilien, ja sogar für Russland.

Die beiden ersten Gipfeltreffen auf Chefebene unmittelbar nach dem Schock der Finanzkrise im November 2008 in Washington und im April 2009 in London waren die einzigen, bei denen nennenswerte Resolutionen verfasst wurden.

Die großen Konjunkturprogramme vor allem der USA und Chinas wurden als notwendig qualifiziert. Die Resolutionen enthalten auch reichlich Aufträge an die Finanzaufsichter der Staaten. Das liest sich fast vernünftig: die Banken sollen mehr Kapital vorhalten. Die wilden Fonds und Schattenbanken sollen streng beaufsichtigt werden. Letzteres wurde gar nicht erst versucht. Ersteres scheitert gerade, zehn Jahre

nach dem Kladderadatsch, unter anderem am Widerstand der deutschen Banken und ihrer Aufsicht.

Nach diesen ersten Gipfeln hören die Dokumente auf von irgendwelchem Interesse zu sein. Sie sind sich sehr ähnlich und formulieren meist so: „Wir sind leicht enttäuscht über das Wachstum, das natürlich noch nicht ausreicht. Wir geben uns aber alle Mühe dieses Wachstum wieder zu beschleunigen, und zu diesem Zweck werden wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Länder ganz stark erhöhen“. In diesem Sinne plappern die da vor sich hin und es ist jedes Mal derselbe Unsinn. Auf dem letzten G20-Gipfel in Hangzhou in

China im September 2016 sagte Frau Merkel: „Wir müssen angesichts von moderatem Weltwirtschaftswachstum schauen, wie wir gemeinsam handeln“.

Teilnehmerstruktur von G7 ist willkürlich bestimmt

Noch einige Sätze zu den Teilnehmerstaaten. Zunächst, G20 ist eigentlich die falsche Bezeichnung, denn es sind nur 19. Den Platz 20 nimmt unsinnigerweise die EU ein. es ist unmittelbar einsichtig, dass die bevölkerungsreichsten Länder Welt China und Indien vertreten sind. Dazu kommen aus Asien das ebenfalls sehr große Indonesien und Südkorea, das mittlerweile ein voll entwickeltes kapitalistisches Land geworden ist. Dazu kommt das Schwellenland Türkei sowie Saudi-Arabien, dessen Bevölkerung und Industrie eher gering sind, das aber über sehr viel Öl verfügt. Stattdessen fehlen einige große Länder Asiens: Bangladesch, Pakistan, die Philippinen, Vietnam, Thailand und Iran. Dafür nimmt

Australien mit einer relativ geringen Bevölkerung und entsprechend mäßiger Wirtschaftsleistung teil. Es ist eine politische Angelegenheit, wer eingeladen wird und wer nicht. Die Zusammensetzung der G20 wurde von den G7 bestimmt. Der Fall Russlands zeigt das am deutlichsten.

Die Veranstaltungsreihe G20 wird eindeutig von den USA dominiert. Das

war im Kalten Krieg so und ist seitdem so geblieben. Die Erweiterung vom kleinen Zirkel der G7 auf die größeren Entwicklungsländer ist als notwendiger Versuch zu werten, diese in die neoliberal ausgerichtete Regulierung des Weltkapitalismus mit einzubeziehen. Bisher ist das ganz gut gelungen, auch weil die Regierungen dieser Länder die Tagesordnung ein wenig mitbestimmen

wollen. Nur in seltenen Ausnahmen haben die Weltwirtschaftsgipfel mehr als nur heiße Luft produziert. Dennoch lohnt es sich, den Versuch zu machen, sie zu verhindern. Die Show wird schließlich veranstaltet, um dem Publikum weiszumachen, der wüste Kapitalismus und seine Monopole würden gebändigt. In Wirklichkeit soll die Monopolherrschaft gestärkt werden.

Friedensbewegung zum G20-Gipfel

**ABRÜSTUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
EINE GERECHTE WELT IST MÖGLICH!**



Aufruf: Frieden und Völkerrecht statt globalisierte NATO

Die G20-Staaten sind weltweit maßgebend in Rüstungsproduktion, Rüstungsexporten und eigener Kriegsführung. Dadurch werden die zur Lösung globaler Menschheitsprobleme notwendigen Ressourcen aufgesaugt, die notwendig wären gegen Umweltzerstörung und Klimawandel und zur Sicherung der menschlichen Existenzgrundlagen durch Ernährungssouveränität, Bildungs- und Gesundheitswesen. Stattdessen führt die neoliberale Politik dieser Länder zu eskalierenden Konflikten um Wasser, Rohstoffe und Handelswege. Auch die deutsche Regierung will dabei ihre Rolle in den weltweiten Verteilungskämpfen um Märkte und Ressourcen ausbauen. Dem dienen auch die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr. All dieses hat die Dimension zu globalen Konflikten und direkter Konfrontation zwischen den in den G20-Staaten vertretenen Atommächten. Das wird auch an der forcierten Kriegspropaganda gegen Russland und der NATO-Truppenstationierung an dessen Westgrenze deutlich.

Der G20-Gipfel ist für die Friedensbewegung eingebettet in eine Reihe weiterer lokaler, regionaler und zentraler Aktionen dieses Jahres: Nach den Protesten gegen die Münchner (Un-)Sicherheitskonferenz am 18.2. und den bundesweiten Ostermärschen im April sind an weiteren Aktivitäten bis zur Bundestagswahl geplant: die Dauerpräsenz am Atomwaffenstandort Büchel, die Beteiligung an den internationalen Gegenaktionen zum NATO-Gipfel am 24. und 25.5.

in Brüssel, Vor-Ort-Gegenaktionen zum Tag der Bundeswehr am 10.6. und die Ramstein-Kampagne vom 8. bis 10.9.

Wir beteiligen uns an Gegenaktionen zum G20-Gipfel in Hamburg am 7. und 8. Juli 2017 mit folgenden Forderungen, die wir an die deutsche Bundesregierung richten und die wir von einer künftigen deutschen Politik erwarten:

- Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr – Mitwirkung an politischen Lösungen, Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und wirtschaftliche Hilfe
- Stopp aller Rüstungsexporte – für eine Konversion der Rüstungsindustrie
- Verzicht auf atomare Teilhabe – die UN-Resolution zur Ächtung aller Atomwaffen unterstützen und eine Ächtung von Kampfdrohnen einfordern
- Stopp der Abschottungspolitik „Festung Europa“ und den Abschiebungen von Geflüchteten in Kriegsgebiete – für eine Willkommenskultur
- keine NATO-Manöver und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands – für ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit

Bundesausschuss Friedensratschlag, Hamburger Form und Bremer Friedensforum, Kooperation für den Frieden

Weitere Infos u.a.: www.friedensdemo.org
www.g20-demo.de



Foto:
www.g20hamburg.org

Aufruf zu internationalen Aktionen gegen den NATO-Gipfel in Brüssel im Mai 2017: Menschen zuerst, nein zum Krieg!

Die internationale Friedensbewegung bereitet große Proteste vor.

Frieden als Ziel, aber auch als Weg des Handels prägt die intensiven Vorbereitungen der friedlichen aber gewaltigen Aktionen gegen das Kriegs Bündnis in Brüssel:

- Schon am 21.05. wird das internationale Camp eröffnet

- Aktionen des zivilen Ungehorsams werden die Tage des Gipfels begleiten

- Am 24.05. findet eine internationale Demonstration mit sicher tausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Brüssel statt.

*- Am 25.05. veranstaltet die belgische Friedensbewegung und das Bündnis No to War – No to NATO sowie weitere Organisationen einen Gegengipfel: **Friedliche Alternativen zur NATO sind möglich, der Dinosaurier NATO gehört abgeschafft.***

Der diesjährige NATO Gipfel wird der erste des US-Präsidenten Donald Trump sein. Er findet im Brüssel in dem neuen Hauptquartier der NATO statt. Brüssel ist nicht nur Sitz der NATO sondern auch der EU – zwei Institutionen die militärisch eng zusammenarbeiten.



Grafik: no-to-nato.org

Die NATO und ihre Mitgliedsstaaten beteiligen sich an illegalen Kriegen und Militärinterventionen, von Jugoslawien über Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien, im Mittelmeer und bis hin zum Indischen Ozean. NATO beschleunigt die Rüstungsspirale und Militarisierung

und steuert somit im großen Ausmaß zu einer internationalen Instabilität bei. NATO bekennt sich weiterhin zu der größten Bedrohung der Menschheit: den Atomwaffen.

Von Gipfel zu Gipfel vertieft und erweitert die NATO ihre Politik des Krieges und der Dominanz.

Die Welt zeigt uns die Konsequenzen: Ganze Länder sind verwüstet; Millionen auf der Flucht erleiden schreckliche Qualen und sogar den Tod; immer mehr Umweltkatastrophen passieren; der gewalttätige Extremismus und Terrorismus nimmt zu ebenso wie militärische Spannung und Konfrontation; es besteht die Gefahr der Atomwaffenweiterverbreitung und das Risiko eines Atomkrieges steigt.

Als Reaktion auf diese grausamen Konsequenzen ersinnt die NATO noch mehr Militarismus und Krieg: .

Alle NATO-Mitglieder sind aufgefordert ihre Militär-Etats auf 2 % ihres Bruttoninlandsproduktes zu erhöhen. In Zeiten ökonomischer Krisen und Austerität bedeutet das, dass noch mehr Geld aus den Budgets von Bereichen, die dringend notwendig für eine friedliche

und stabile Welt sind, gestohlen wird: Soziales, Bildung, Gerechtigkeit, internationale Entwicklung und Umweltschutz.

NATO-Mitglieder werden 20% ihrer Rüstungsausgaben für militärisches Equipment aufwenden müssen: Kriegsschiffe, Kriegsflugzeuge, Drohnen, Bomben, Technik und mehr. Die mächtige Rüstungs-Lobby reibt sich in freudiger Erwartung

die Hände. Durch das Anheizen des Wettrüstens spottet die NATO auf diplomatische Mechanismen der Konfliktlösung.

Die NATO erhöht die Spannung zu Russland, schickt Truppen und Waffen an dessen

Grenze und installiert einen Raketenabwehrschirm. All das fördert eine weitere militärische Entwicklung und verhindert den Aufbau friedlicher Beziehungen und gegenseitigen Verständnis.

Die NATO und ihre Mitgliedsstaaten haben Interventionen außerhalb ihres Territoriums vervielfacht und erhöhen ihre Präsenz durch weltweite Partnerschaften und "Koalitionen der Willigen". Sie vergrößern ihre wirtschaftliche, politische und militärische Machtposition, anstatt politisch und finanziell die UNO und das Ziel einer friedlichen und sicheren Welt zu unterstützen.

Als oberste "Garantie" für die Sicherheit ihrer Verbündeten besteht die NATO auf ihrer Atompolitik, ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit der Staaten der Welt einen Vertrag über ein Atomwaffenverbot verhandelt.

Währenddessen werden für viele Dutzende Milliarden von Dollars die US-Atomwaffen in Europa – unter dem Deckmantel der NATO – modernisiert.

Wir widersetzen uns der Militarisierung der EU oder dem Aufbau einer europäischen Supermacht, die die EU-Führung zunehmend fördern. Die militärische Abriegelung europäischer Grenzen darf nicht die Antwort auf Migrationsströme sein. Flüchtlinge sind hier willkommen.

NATO ist die aggressivste Militärmaschine der Welt. Wir brauchen dringend weltweiten Frieden und eine nachhaltige Entwicklung. Wir rufen alle friedliebenden Menschen und Organisationen auf, gemeinsam mit uns gegen den NATO-Gipfel zu protestieren – in Brüssel und weltweit. Lasst uns Druck auf unsere Regierungen ausüben Gelder für Soziales zur Verfügung zu stellen und nicht für Krieg.

Unsere Forderung an unsere Regierungen ist klar: wir müssen aus der NATO austreten und die NATO muss aufgelöst werden.

Weitere Infos:
www.no-to-nato.org

EU-Militarisierung und NATO: Gemeinsame Expansionsstrategie

Jürgen Wagner: *NATO-Aufmarsch gegen Russland oder wie ein neuer Kalter Krieg entfacht wird*

edition berolina, ISBN 978-3-95841-056-5, 221 Seiten, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage 2017, 9,99 €

Jürgen Wagner ist einer der gefragtesten Referenten innerhalb der deutschen Friedensbewegung, wenn es um die beiden Themenkreise NATO-Strategie und EU-Militarisierung geht. Zumal auf der Homepage der von ihm geleiteten IMI e.V. auch ständig aktuelle Analysen, Standpunkte und Fact Sheets hierzu abrufbar sind. Während es in Bezug auf die NATO-Strategie sicherlich andere Autoren gibt, die hierzu vergleichbar hochwertige Analysen vorlegen können, ist die Analyse der EU-Militarisierung bisher ein Alleinstellungsmerkmal von Jürgen Wagner. Dabei kommt ihm seine enge Zusammenarbeit mit Abgeordneten im EU-Parlament zugute, d.h. aktuell Sabine Lösing und in der vorhergehenden Legislaturperiode Tobias Pflüger.

Der EU-Militarisierungsprozess wurde bereits in dem 2006 erschienenen, von Jürgen Wagner gemeinsam mit Tobias Pflüger herausgegebenen Buch „Weltmacht Europa: Auf dem Weg in weltweite Kriege“ analysiert. Schon in diesem Buch wurde auf die mit „Bündnisverpflichtungen“ bereits seit der rot-grünen Bundesregierung bis 2005 erfolgte, unmerkliche Verlagerung von der NATO auf die EU hingewiesen. Diese erfolgte damals bereits als Salamiaktik einer Militarisierung von Gesellschaft, Politik und Ökonomie.

Das Hauptverdienst des neuen Buches von Jürgen Wagner besteht nun darin, dass er in sehr kompakter Form die Entwicklungslinien von NATO einerseits und EU-Expansion andererseits zusammenfassend in ihrer Wechselwirkung analysiert.

Trotz der kompakten Darstellung versäumt es Jürgen Wagner nicht, auf einige Details der Vereinbarungen zwischen NATO-Staaten und der nach 1989 zerfallenen Sowjetunion aufzuzählen, auf die heute immer wieder hingewiesen werden muss, damit die gesamte Ostexpansion der NATO als eklatanter Bruch von Vereinbarungen gesehen wird, die Grundlage der deutschen Wiedervereinigung waren. Diese werden im ersten Kapitel des Buches behandelt (US-NATO-Strategie: Intervention – Expansion – Kollision).

Dabei spielen auch Übergänge von Konkurrenzsituationen zu strategischer Kooperation eine wichtige Rolle, wie im Kapitel 2 (Von der Pax Americana zur Pax Transatlantica) dargestellt.

Im Kapitel 3 wird die zur NATO komplementäre EU-Osterweiterung behandelt. Als wichtige Etappe in dieser Entwicklung wird der Krieg gegen Libyen analysiert, wo erstmals die USA den EU-Staaten den Vortritt bei einer militärischen Intervention gelassen haben.



In den weiteren Kapiteln 4 bis 6 werden die Ukraine-Krise und die konfrontative NATO-Politik der letzten Jahre (Stichwort: 360-Grad-NATO) sowie die atomaren Muskelspiele behandelt. Auch wenn diese Themen den Lesern durch Jürgen Wagners bereits vorliegende Publikationen überwiegend bekannt sein dürften, bietet sein Buch hier eine kompakte Zusammenfassung, die für die übergreifende Analyse der nachfolgenden Kapitel notwendig ist. In Kapitel 7 wird die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den USA unter der Überschrift „Unter Brüdern: Deutschland, der eigennützige Komplize“ behandelt. Das Resümee hierbei ist: Der Aufstieg Deutschlands zur Führungsmacht (innerhalb der EU)

erfolgt mit Duldung durch die USA, die als imperiale Führungsmacht zunehmend schwächeln. Wichtig ist das Verständnis dafür, dass trotz gelegentlicher Scharmützel zwischen diesen Machtblöcken („Pack schlägt sich ...“) doch ein hohes Einvernehmen besteht. Im Kapitel 8 wird der Transatlantische Schulterschluss behandelt, der mit der „Wirtschafts-NATO“ TTIP versucht wurde und vorerst gescheitert ist.

Im Kapitel 9 stellt Jürgen Wagner die Frage: „Der Neue Kalte Krieg als Selbsterfüllende Prophezeiung?“. In der aktualisierten 2. Auflage werden hier die mittlerweile absehbaren politischen Entwicklungslinien unter US-Präsident Trump analysiert.

Zu wünschen wäre hier noch gewesen, dass nicht nur die Verantwortung der NATO für den neuen Kalten Krieg aufgezeigt worden wäre, sondern auch die Reaktionen Russlands auf diese Entwicklung. Zweifellos wird von der NATO und der EU versucht, ein neues Wettrüsten zu entfachen, das im alten Kalten Krieg wesentlich zum Untergang der Sowjetunion beigetragen hat. Russland hingegen reagiert auf die neue militärische Einkreisung sogar mit einer Reduzierung der Rüstungsausgaben.

Ebenso wäre noch zu analysieren, dass die wegen des Ukraine-Konflikts verhängten EU-Sanktionen gegen Russland offenbar nicht nur ins Leere laufen, sondern sogar kontraproduktiv für westliche und speziell deutsche Wirtschaftsinteressen sind. Doch das hätte den Rahmen des Buches wohl gesprengt, ebenso wie die in der Friedensbewegung kontrovers diskutierte Frage nach den Eigeninteressen Russlands im Ukraine-Konflikt und im Syrien-Krieg.

Als Fazit kann man zu dem Buch festhalten: Auch für diejenigen Friedensbewegten, die Jürgen Wagners Vorträge und bisherigen Publikationen kennen, ist dieses Buch eine notwendige Lektüre zum übergreifenden Verständnis von US-dominierten NATO- und der zunehmend von Deutschland dominierten EU-Strategie.

Karl-Heinz Peil

UN-Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen

von Thomas Roithner, Politikwissenschaftler, Wien



Sitzung der UN-Arbeitsgruppe Nukleare Abrüstung im Mai 2016, Foto: ICAN

Kurz vor Weihnachten 2016 hat die UN-Generalversammlung in New York beschlossen, Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen aufzunehmen.

Stürmische Großwetterlage

Globale Machtverschiebungen in ökonomischer und politischer Hinsicht deuten auf neue atomare Rüstungsentwicklungen in den USA oder Russland hin. Kurz vor Weihnachten ließen die gerade ziemlich besten Freunde – Donald Trump und Wladimir Putin – aufforchen. Der eine will sein Land „great again“ machen und der andere will wieder „Großmacht“ sein. Muskeln – konkret die nukleare Macht – spielen dabei eine zentrale Rolle. Nach Donald Trump müssen die USA „ihre nuklearen Fähigkeiten erheblich verbessern“ und Russland muss nach Wladimir Putin „die strategischen Atomwaffen stärken“.

Die Lehrbücher kennen mehrere Möglichkeiten, mit Atomwaffen umzugehen. Je mehr Staaten sie haben – so die Theorie –, desto mehr Respekt gibt es vor deren Einsatz und den Reaktionen der anderen Nuklearmächte. Die Mehrheit der Staaten widerspricht dem allerdings energisch. Weitgehend versagt hat auch der Ansatz, die Welt in Atomwaffenstaaten und nukleare Habenichtse einzuteilen und von den Nuklearmächten Abrüstung zu verlangen. Die einen schieben die Abrüstung auf die lange Bank, während andere die Beschaffung von Atomwaffen anstreben. Dazu kommen noch nichtstaatliche Akteure wie Terrororgani-

sationen, die das Feld nicht überschaubar machen. Die Abrüstung Schritt für Schritt muss in den letzten 20 Jahren in vielen Bereichen als weitgehend ergebnislos bilanziert werden. Die Unzufriedenheit mit den festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen und die Besorgnis, die mögliche Verwendung von Atomwaffen weder humanitär, medizinisch, ökonomisch oder ökologisch beherrschen zu können, führt zu einer Konsequenz: Verhandlungen für ein rechtlich bindendes Instrument zum Verbot und zur Eliminierung von Atomwaffen.

Austrian Pledge

Im Dezember 2014 wurde in Wien die Konferenz zu den humanitären Auswirkungen eines Atomwaffeneinsatzes ausgerichtet. Es war die Folgekonferenz aus den Zusammenkünften von Oslo und Nayarit. Vorläufiges Ergebnis war der „humanitarian pledge“, also eine humanitäre Selbstverpflichtung. Außenminister Sebastian Kurz konnte 127 Staaten gewinnen, dieses Gelöbnis zur vollständigen Abrüstung abzulegen, während eine kleine Minderheit die Nuklearpotenziale modernisierte.

UN-Resolution und Atomwaffenkonvention

Im Oktober 2016 wurde von Österreich und 56 weiteren Staaten eine Resolution (L.41, Taking Forward Multilateral Nuclear Disarmament Negotiations) im First Committee der UN-Generalversammlung eingebracht, die von 123 Staaten angenommen wurde. 16 Staaten – darunter China, Indien und Pakistan – enthielten sich der Stimme während 38 dagegen stimmten. Am Weihnachtsabend unserer Zeit wurde die Resolution im Rahmen der UN-Generalversammlung formell abgestimmt. Merry Christmas! Österreich hat gemeinsam mit Brasilien, Ir-

land, Mexiko, Nigeria und Südafrika eine Schlüsselrolle bei der Formulierung und dem Beitreiben der Resolution eingenommen.

NATO- und EU-Mitglieder

Mit Ausnahme der niederländischen Enthaltung haben alle an der UN-Generalversammlung teilnehmenden NATO-Staaten die Resolution abgelehnt. Im Rahmen der EU haben nur die neutralen und paktfreien Staaten Österreich, Malta, Irland, Schweden und Zypern die Resolution angenommen. Finnland hat sich der Stimme enthalten. Das EU-Parlament ist mehrheitlich der Ansicht, die Mitgliedstaaten sollten den Beginn der Vertragsverhandlungen „willkommen heißen“ und entsprechend „konstruktiv teilnehmen“. 21 NATO-Staaten sind gleichzeitig auch EU-Staaten. Nicht zum ersten Mal haben diese Staaten eine NATO-Meinung und eine EU-Meinung.

Hochinteressant scheinen die Begründungen für die Ablehnung der Resolution. Das NATO- und EU-Mitglied Deutschland – US-Atomwaffen sind über die nukleare Teilhabe der NATO in Deutschland stationiert – argumentiert beispielsweise damit, dass Verhandlungen ohne die Nuklearwaffenstaaten ineffektiv seien. Deutschland bevorzugt ein schrittweises Abrüstungsvorgehen statt einem Verbot von Atomwaffen.

Bündnisloyalitäten finden in der deutschen Begründung keine Erwähnung, wenngleich die USA im Rahmen der NATO für ein „Nein“ geworben haben und explizit keine Stimmenthaltung empfohlen haben. Falls die Verhandlungen um eine Konvention beginnen sollten, sind die NATO-Verbündeten aufgerufen, sich daran nicht zu beteiligen. Ein Nuklearwaffenverbot – so die USA an ihre NATO-Verbündeten – würde den US-gestützten Ansatz unterminieren, Atomwaffen Stück für Stück abzurüsten.

Fahrplan für globale Abrüstung

Die erste Verhandlungsrunde für ein rechtlich bindendes und umfassendes Instrument zu einem Verbot von Nuklearwaffen fand vom 27. – 31.

März 2017 statt. Die nächste Runde ist vom 15. Juni – 7. Juli 2017 ebenfalls am UN-Standort in New York anberaumt. Neben den Vertretungen der Staaten und internationalen Organisationen werden auch zivilgesellschaftliche Einrichtungen sowie wissenschaftliche Fachleute vertreten sein. Die Generalversammlung hat alle UN-Staaten zur Teilnahme aufgerufen.

Was wird im Vertrag stehen?

Die Inhalte des Vertrages sind Gegenstand der Verhandlungen. Zu erwarten ist, dass wichtige Aspekte betreffend Produktion, Entwicklung, Verwendung, Erwerb, Besitz, Test, Transport und Lagerung verbotener Materialien debattiert und definiert werden. Ebenso sind die Drohung mit Atomwaffen oder die Durchführung von Computersimulationen mit Nuklearwaffen Inhalt erster Gedankenentwürfe zum Vertrag. Im Unterschied zum Nichtverbreitungsvertrag (NPT) soll die Nuklearwaffenkonvention diese Waffengattung verbieten und nicht nur zur Abrüstung appellieren.

Zahlreiche NATO-Staaten und asiatisch-pazifische Verbündete der USA wären von einigen Punkten der im Report der Open Ended Working Group (OEWG) der UNO vom 19.8.2016 betroffen, auch wenn diese über keine eigenen Atomwaffen verfügen. Dies betrifft beispielsweise die Drohung mit Atomwaffen, die Teilnahme an der Planung eines nuklearen Schlages, Schulung von Personal zur Kontrolle von Atomwaffen anderer Staaten oder ein umfassendes Stationierungs- und Beförderungsverbot fremder Nuklearwaffen auf dem eigenen Territorium. Offen ist, was sich nach Donald Trumps Amtsantritt noch verstärkt oder relativiert. Die Nukleardoktrin der NATO wäre auf Basis dieses Vertrages jedenfalls vollumfänglich ein Fall für die Rundablage.

Neue Verbündete

Der bisherige Prozess hat gezeigt, dass einige Staaten wie Schweden oder Finnland der Resolution nicht negativ gegenüberstanden, obwohl sie dem „Austrian Pledge“ nicht folgen konnten. Im vergangenen und künftigen Bewusstseinsbildungsprozess hat die Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung. Staaten, die sich dem Diskussionsprozess um eine Nuklearwaffen-

konvention entziehen, könnten in Verdacht geraten, andere Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge nicht zu beachten und damit stärker ins Zentrum der internationalen Kritik zu geraten. Kein Staat kann den Beginn der Verhandlungen verhindern, da die UN-Generalversammlung mehrheitlich ohne Vetomöglichkeit entschieden hat.

Internationales Recht

Bei der Ausarbeitung des Vertrages können sich Österreich und die anderen Mitglieder der Core Group auf zahlreiche Grundlagen stützen. Diese reichen vom Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur Illegalität der Drohung mit Atomwaffen über den Nichtverbreitungsvertrag bis zu den zahlreichen Abkommen über nuklearwaffenfreie Zonen. Der größere Teil der Erdoberfläche ist also bereits atomwaffenfrei.

Auch das Verbot von Biowaffen und Chemiewaffen wurde in internationales Recht gegossen. Die Ottawa-Konvention zur Ächtung von Anti-Personenminen ist in vielfacher Hinsicht ein wichtiges Beispiel, da hier die Zusammenarbeit von Staaten und der Zivilgesellschaft zu rechtsverbindlichen Ergebnissen geführt hat. Exemplarisch auch deshalb, weil nicht alle Staaten Teil der Konvention geworden sind. Auf die Produzenten von Anti-Personenminen wird seither von einer Mehrheit der Staaten über den Verbotsvertrag politischer Druck ausgeübt.

Nach Abschluss der Verhandlungen liegt der Vertrag für die Staaten zur Signierung und Ratifikation bereit. Bevor der Vertrag fixer und vollumfänglicher Teil des internationalen Rechts wird, muss eine festgelegte Anzahl von Staaten den Vertrag ratifiziert haben.

Noch viele Fragen

Dicke Bretter werden im Zusammenhang mit dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu bohren sein. Welche Phasen führen zur Inkraftsetzung des Verbots? Wie wird der Vertrag kontrolliert? Welche Institutionen sollen Zusammenarbeit zur Abrüstung fördern und Streitigkeiten frühzeitig beilegen? Wie gestaltet sich das Verhältnis von „ziviler“ und „militärischer“ Nutzung? Von welchen Sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen kann der Prozess begleitet werden? Wer finanziert Abrüstungsmaßnahmen? Wo

arbeiten künftig Nuklearwissenschaftler und was passiert mit den Firmen, die dran verdienen? Wie kann die international vernetzte Zivilgesellschaft konstruktiv unterstützen? Wie kann verhindert werden, dass atomare Potenziale in nichtstaatliche Hände geraten? Wie kann der Prozess des Verbots unumkehrbar gemacht werden? Last but not least muss eine öffentliche Debatte darüber stattfinden, wie internationale Friedens- und Sicherheitspolitik ohne das Element der Atomwaffen aussehen kann.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die humanitäre Initiative und der Verhandlungsbeginn nur Teile des Erfolges sind. Donald Trump, Wladimir Putin oder Theresa May sollen ihre nuklearen Einsatzszenarien ihren internationalen Partnern, ihrer Bevölkerung und der Zivilgesellschaft im Kontext eines allgemeinen Verbotsvertrages erklären müssen.

Vielfältige diplomatische, humanitäre, wirtschaftliche oder ökologische Vorstöße sind in nächster Zeit notwendig, um auf die Nuklearwaffenstaaten Druck auszuüben, sich dem Verbot anzuschließen. Dieser politische Druck in Richtung Global Zero wird nicht nur einer sicherheitspolitischen Logik folgen. Ein umfassendes Verbot betrifft auch Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds, die direkt oder indirekt an der Finanzierung von Nuklearwaffenpotenzialen und deren Sicherung beteiligt sind.

Zur Rolle Österreichs

Österreich hat sich gemeinsam mit anderen Staaten an die Spitze jener gestellt, die ein umfassendes und rechtlich bindendes nukleares Abrüstungsinstrument festschreiben wollen. Ein erfreuliches und von Wissenschaft wie auch Zivilgesellschaft immer wieder eingefordertes Engagement.

In Brüssel, Washington und Moskau hat sich Österreich nicht nur Freunde gemacht. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit der neutralen und pak-tungebundenen Staaten innerhalb der EU. Mit dem Blick auf ein künftiges Verbot ist das Jahr 2017 für Kritiker wie Befürworter jedenfalls ein Feuerwerk.

Dieser Beitrag erschien erstmals im Online-Medium Neue Zürcher Zeitung Österreich

“De-Facto“-Atomwaffenstaat Nordkorea

von der Redaktion „atomwaffen A-Z“

Nordkorea unterzeichnete 1985 den Atomwaffensperrvertrag (NPT), weil der US-Geheimdienst einen geheimgehaltenen gasgekühlten, graphitmoderierten Reaktor entdeckt hatte, der in der Lage war, Plutonium herzustellen. 1989 wurde die Vermutung lanciert, Nordkorea hätte eine Wiederaufarbeitungsanlage, in der atomwaffenfähiges Plutonium hergestellt werde. Dennoch weigerte sich die nordkoreanische Regierung bis 1992, eine vollständige Kontrolle durch die Atomenergiebehörde (IAEO) zu ermöglichen. Bei den nachfolgenden Inspektionen unter der Leitung von Hans Blix stellte die IAEO fest, dass zwischen der von Nordkorea angegebenen Menge von wiederaufgearbeitetem Plutonium und ihren eigenen Messungen eine Diskrepanz bestand.

Nordkorea zeigte sich daraufhin immer weniger kooperativ. Die IAEO vermutete, dass weiteres Plutonium für ein Atomwaffenprogramm wiederaufgearbeitet wurde, insgesamt über 20 Kilogramm - genug für drei kleine Sprengköpfe. Spannungen zwischen den USA und Nordkorea über die Atomwaffenfrage führten zu einer Krise im Frühjahr 1994, die beinahe in einen Krieg mündete.

„Agreed Framework“

Erst nach dem Tod von Staatschef Kim Il Sung führten Verhandlungen 1994 zu einem US-Nordkoreanischen

Abkommen mit dem Titel "The Agreed Framework". Nordkorea wurde versprochen u.a. Hilfe für sein Atomenergieprogramm zu bekommen, wenn es sich im Gegenzug verpflichtete, das Atomwaffenprogramm einzustellen und Mitglied im Atomwaffensperrvertrag zu bleiben. Doch mit der Umsetzung des Vertrages gab es andauernd Probleme und Verzögerungen.

Nach der US-Wahl 2001 verschlechterte sich die politische Situation wieder. Die USA unter George W. Bush bezeichneten Nordkorea als einen Schurkenstaat, der den Terrorismus unterstütze. Seine Administration glaubte, dass Nordkorea bereits ein oder zwei Atomwaffen besitze und den Zeitpunkt für die Inspektionen nur hinauschieben würde. Weitere Drohungen aus den USA, z.B. die Nennung von Nordkorea als ein Ziel für einen Atomwaffeneinsatz, bestärkte die Radikalen und eskalierte die Problematik.

Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag

So stellte sich im Oktober 2002 heraus, dass Nordkorea ein geheimes Programm für Urananreicherung unterhielt. Ende 2003 begann Nordkorea zudem, die Überwachungskameras der IAEO zu entfernen. Am 10. Januar 2003 kündigte das Land an, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszusteigen und beendete damit jegliche Kooperation mit der IAEO.

Im August 2003 begann die erste Runde der sogenannten Sechs-Länder-Gespräche unter Beteiligung der USA, Russland, China, Südkorea, Japan und Nordkorea. Diese und alle weiteren Runden der Gespräche blieben bisher ergebnislos. Am 10. Februar 2005 behauptet Nordkorea zum ersten Mal tatsächlich im Besitz von Atomwaffen zu sein. Am 9. Oktober

2006 zündete Nordkorea seine erste Atomwaffe.

Nach dem nordkoreanischen Atomtest flammten die Spannungen in Nordostasien auf. Die USA und Japan verhängten harte Sanktionen gegen Nordkorea, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete eine Resolution mit begrenzten Strafmaßnahmen.

Nordkorea kündigte die Bereitschaft an, sich wieder an den Sechsländer-Gesprächen zu beteiligen. Mühsam gingen die Verhandlungen weiter. Einige Erfolge wurden im Jahr 2007 erzielt, z.B. die Ankündigung, dass der Waffenstillstand von 1953 in einem Friedensvertrag umgewandelt wird und, dass Nordkorea von der Liste von Terrorismus unterstützenden Staaten gestrichen wird. Dafür wollte Nordkorea seine Nuklearaktivitäten einstellen und die IAEO-Kontrollen wieder zulassen.

Erneute Eskalation

Im Januar 2009 erklärte Nordkorea, alle Einigungen mit Südkorea seien ab jetzt ungültig. Hintergrund dieser Entscheidung: Die USA hatten die Energiehilfe im Dezember 2008 eingestellt, Südkorea zögerte mit einer Lieferung von Stahlplatten und auch Japan war nicht mehr bereit, Öl zu liefern, bis der Streit über die entführten Japaner in den 1970er und 80er Jahren gelöst sei. Die Beziehung der beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel verschlechterte sich seit der Wahl des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung Bak im Februar 2008 stetig.

Am 5. April 2009, kurz vor der historischen Rede des US-Präsidenten Obama in Prag, startete Nordkorea eine Langstreckenrakete. Sanktionen gegen einige nordkoreanischen Firmen wurden verhängt. Japan hat noch schärfere Sanktionen inklusive eines Embargo von nordkoreanischen Importgütern verhängt. Nordkorea interpretierte diese Kritik als feindlichen Akt und führte als Folge am 25. Mai 2009 einen weiteren Atomtest durch.

Seit dem Tod von Kim Jong Il 2011 übernahm sein Sohn Kim Jong Un die



Fliegerbomben zerstören Lager- und Hafenanlagen in Nordkorea (1951)
Foto: USAF (Wikipedia)

Macht. Im März 2012 vereinbarten die USA und Nordkorea zwar, dass Nordkorea die Entwicklung von Atomwaffen und das Raketenprogramm einfriert. Im Gegenzug sicherten die USA zu, 240.000 Tonnen Lebensmittel an Nordkorea zu liefern. Dennoch arbeitet Nordkorea systematisch weiter an seinen ballistischen Raketen und führt weitere Raketentests durch, einschließlich eines Tests einer Interkontinentalrakete am 12. Dezember 2012, mit der Nordkorea erfolgreich einen Satellit ins All geschossen hat. Daraufhin hat der UN-Sicherheitsrat am 22. Januar 2013 einstimmig weitere Sanktionen gegen Nordkorea verhängt.

Immer wieder Atomtests

Bis heute führte Nordkorea fünf Atomtests durch: in den Jahren 2006, 2009, 2013 und zweimal in 2016. Sein dritter Atomtest am 12. Februar 2013 fiel mit einer Sprengkraft von 6-9 Kilotonnen TNT-Äquivalent etwas stärker aus als die beiden bisherigen Tests, war jedoch immer noch wesentlich schwächer als die Atomwaffen, die in Hiroshima bzw. Nagasaki eingesetzt wurden.

Die internationale Verurteilung des dritten Tests mündete in neuerlichen Sanktionen des UN-Sicherheitsrates, die auch China mit starker Rhetorik mittrug. Die Geduld des großen Nachbarn und engsten Verbündeten

Nordkoreas scheint damit aufgebraucht zu sein, weswegen die neuerlichen Sanktionen auch stringenter umgesetzt werden könnten, als dies zuvor der Fall war. Ungeachtet dessen reagierte Nordkorea auf die Sanktionen sowie auf ein jährlich stattfindendes, mehrmonatiges Seemanöver Südkoreas und der USA mit der Aufkündigung „sämtlicher Nichtangriffspakte“ mit dem Süden sowie mit der Androhung, atomare Erstschläge sowohl gegen die USA als auch gegen Seoul durchzuführen. Zwar verfügt Nordkorea derzeit noch über keine geeigneten Trägersysteme für derartige Angriffe, die Rhetorik aber hob den Konflikt auf eine neue Eskalationsstufe.

Im November 2014 leiteten die Vereinten Nationen erste Schritte ein, um Nordkorea wegen seiner angeblichen Menschenrechtsverletzungen vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) anzuklagen. Pjöngjang reagierte gereizt und drohte mit einem neuen Atomtest. Erst über ein Jahr später folgten diesen Worten Taten: Nordkorea behauptete am 6. Januar 2016, dass das Land erstmalig und erfolgreich eine Wasserstoffbombe getestet habe. Wenn diese Behauptung sich bewahrheitet, könnte Nordkorea eventuell in der Lage sein, Atomwaffen auf Raketen einzusetzen. Noch ein Atomtest folgte im September 2016, der deutlich stärker als der vorherige Test im Januar war, eine

Wasserstoffbombe wurde aber nicht gezündet.

Eskalation durch Raketentests

Nordkorea besitzt ein bedeutendes ballistisches Raketenprogramm und ist zudem einer der aktivsten Exporteure ballistischer Raketenysteme, -Komponenten und -Technologien in andere Länder wie Pakistan, Iran, Libyen, etc. Es scheint, dass Kim Jong-un Raketentests und -Starts öfters verwendet, um wegen militärischer Aktivitäten der USA und Südkorea oder kritischer UN-Resolutionen zu eskalieren. Das Ziel des Raketenprogramms ist jedoch eine atomar bestückbare Interkontinentalrakete fertigzustellen, welche die USA erreichen kann.

US-Politik unter der Trump-Administration

Trotz seiner Aussagen im Wahlkampf, dass sich die USA nicht mehr in die Angelegenheiten anderer Staaten militärisch einmischen wollen, eskalieren die verbalen Drohungen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un in den ersten Monaten der neuen US-Administration maßgeblich. Im April 2017 drohten beide Seiten, Atomwaffen einzusetzen, falls es zum Krieg kommen sollte.

Weitere Infos:
<http://www.atomwaffena-z.info>

Wahres Verbrechen Nordkoreas: Es ist kein Vasall der USA

Jede US-Regierung entwickelt einen Plan, Nordkoreas Regierung zu stürzen. Das Land sei Washington gegenüber nicht willfährig genug. Das meint Daniel Shaw, ein Politikexperte und Professor an der City University of New York im Gespräch mit RT.

Frage: Nachdem die nordkoreanische Bedrohung in den Mittelpunkt der medialen Berichterstattung gerückt wurde, antwortete Donald Trump mit einem vagen "Wir werden sehen" auf die Frage nach der Möglichkeit des Einsatzes von militärischen Mitteln gegen Nordkorea. Gibt es einen Plan in Bezug auf diese Situation oder geben Kommentare wie diese ihm mehr Zeit, einen auszuarbeiten?

D. Shaw: Trump hat denselben Plan, der auch bei jedem anderen US-Präsidenten in Bezug auf Nordkorea galt: die nordkoreanische Regierung zu stürzen. Nordkoreas wahres Verbrechen ist das gleiche wie das Verbrechen Syriens: Es ist weder vollständig durch die USA beherrscht noch durch Washington neu besiedelt.

Das hat nichts mit Menschenrechtsverletzungen oder Atomwaffen zu tun. Das ist nur eine bequeme Ausrede. Sie werden vor nichts haltmachen. Sie drohen, um es in den Worten von Papst Franziskus zu sagen, der Hälfte der Menschheit mit einem weiteren potenziellen Krieg.

Die US-Medien spielen dabei eine vorhersehbare Rolle, denn sie bereiten die US-amerikanische Öffentlichkeit auf einen weiteren Krieg vor und versuchen, die Nordkoreaner als Aggressor darzustellen. Aber wer könnte jemals daran glauben? Wen hat Nordkorea jemals angegriffen? In der Tat war es die koreanische Halbinsel selbst, die über vier bis fünf Millionen Leben von 1950 bis 1953 während der US-Aggression gegen Korea verlor. Wir wissen, wer die historischen Opfer gewesen sind.

Frage: Glauben Sie, dass die USA wirklich bereit sind, Nordkorea anzugreifen, im Wissen darum, dass es Vergeltung geben wird?

D. Shaw: Das ist es, was die USA bisher ferngehalten hat. Die Nordkoreaner haben klar gemacht, dass sie nicht den Weg des Irak, Afghanistans und Syriens gehen werden. [...]

Quelle: RT Deutsch (4.5.2017)

Scharfe Abrechnung mit der US-Politik

Interview von Johannes Perterer (ORF) mit Noam Chomsky, bearbeitet von Christian Körber (ORF.at)



Screenshot aus ORF-Interview

Der emeritierte Linguistik-Professor und politische Intellektuelle Noam Chomsky sieht die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten als ein Ergebnis neoliberaler Politik. Trump selbst habe keine Ideologie, führe mit seiner Klimapolitik die Welt aber „in Richtung Selbstzerstörung“.

Seit mehr als fünf Jahrzehnten steht Chomsky als scharfer Kritiker der US-Außenpolitik, der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Massenmedien und der wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA in der Öffentlichkeit.

Trump ist der 16. US-Präsident, den der 88-Jährige miterlebt. Verglichen mit den anderen sei er dennoch einzigartig, weil „er ein Showman ist, der keine bestimmte Ideologie hat. Die einzige Ideologie, der er folgt, ist er selbst“, sagte Chomsky in seinem Büro in der Eliteuniversität Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge im Gespräch mit dem ORF.

Profitmaximierung und „Talibanisierung“

Er müsse immer alle Kameras auf sich ziehen und zeigen, „dass er härter im Nehmen ist als alle anderen“. Gleichzeitig verfolge der rechte Flügel der Republikaner jedoch seine Agenda, „nämlich alle Teile des Staates aufzulösen, die für das Allgemeinwohl verantwortlich sind und der Profitmaximierung von Großkonzernen und den Reichen in der Gesellschaft im Wege stehen“. Doch das würde niemand thematisieren.

Zugleich werde eine Art „Talibanisierung“ Amerikas betrieben. Kunst und Geisteswissenschaften würden eliminiert. Das Programm mit Justizminister Jeff Session, Bildungsministerin Betty DeVos und Chefberater Steve Bannon sei ziemlich eindeutig, nämlich die USA in eine jüdisch-christliche White-Supremacy-Kultur zu verwandeln.

Atomwaffen und Klimawandel

Für die amerikanische Demokratie sei Trump eine „Abrissbirne“, die die laut Chomsky gefährlichsten Programmatiken der Obama-Administration weiterführe: Eine davon sei die Modernisierung des amerikanischen Atomwaffenarsenals. Als gefährlichste Agenda, die momentan aus dem Weißen Haus kommt, sieht Chomsky jedoch die Haltung Trumps zum Klimawandel.

Auf diese zwei Bedrohungen richtet Chomsky derzeit sein Hauptaugenmerk: „Bei der atomaren Bedrohungen wissen wir zumindest prinzipiell, wie man damit umgehen kann: durch die Reduktion der Anzahl von Atomwaffen und schlussendlich durch ihre Vernichtung.“ Die drohende Umweltkatastrophe scheint jedoch unauffhaltsam zu sein: „Wir wissen, was man dagegen tun kann, und manche Länder tun auch einiges. Aber wenn nie viel schneller viel mehr dagegen unternommen wird und sich die Klimapolitik der USA nicht drastisch verändert, besteht eine gute Chance, dass wir einen Punkt ohne Wiederkehr erreichen.“

Trump als Folge neoliberaler Politik

Den politischen Aufstieg Trumps sieht Chomsky als eine Konsequenz und gleichzeitig als eine Fortsetzung neoliberaler Politik. Diese erzeuge durch die Deregulierung der Märkte und Einsparungen beim Sozialstaat eine größere wirtschaftliche Ungleichheit. Um den Neoliberalismus und die Auswirkungen wirtschaftlicher Ungleichheit auf Gesellschaften geht es auch in seinem neuesten Buch „Requiem für den amerikanischen Traum: Die 10 Prinzipien der Konzentration von Reichtum und Macht“.

Von Demokraten enttäuscht

Von der Demokratischen Partei in den USA ist Chomsky zutiefst enttäuscht: „Die Demokratische Partei hat die Arbeiterklassen vor etwa 30 bis 40 Jahren mehr oder weniger im Stich gelassen. Deshalb haben die Menschen bei der letzten Präsidentschaftswahl ihren erbitterten Klassenfeind zum Präsidenten gewählt.“

Auch von der momentanen Strategie der Demokraten hält Chomsky nicht viel: „Sehen Sie sich an, was der Obama-Clinton-Flügel der Demokraten momentan macht. Worauf konzentrieren sie sich? Nicht darauf, wie etwa Arbeitnehmerrechte ausgehöhlt werden oder auf den Klimawandel. Sie konzentrieren sich auf die triviale Frage, ob die Russen versucht haben, in den heiligen amerikanischen Wahlprozess einzugreifen, während die halbe Welt darüber in Gelächter ausbricht. Schauen Sie sich an, wo die USA überall nicht nur Wahlen manipuliert, sondern Regierungen gestürzt haben!“

Chomsky sieht ein Driften der Politik nach rechts seit den 1970er Jahren: Die Inhalte, mit denen Bernie Sanders als linker Präsidentschaftskandidat für Aufsehen gesorgt hatte, würden sich kaum von denen von Dwight Eisenhower in den 1950er Jahren unterscheiden. Nur: Eisenhower war Republikaner.

Rechtspopulismus als logische Folge

Auch den Rechtspopulismus im Rest des Westens sieht Chomsky als

ein Ergebnis neoliberaler Politik: „Was gegen den Rechtspopulismus getan werden muss, ist die Quellen der Wut, der Unzufriedenheit und der Verzweiflung der Menschen zu untersuchen, die sich ihm zuwenden.“ Eine davon sei, dass diese Menschen in der neoliberalen Periode im Stich gelassen worden sind.

„Das sind Menschen, denen ihre Arbeit, ihre Würde und ihre Aussichten auf wirtschaftliches Vorankommen genommen wurden. All das geschah durch eine Politik, die dazu gemacht ist, Wohlstand und Macht in den Händen weniger zu konzentrieren und den Rest vor sich hinvegetieren zu lassen.“ Die richtige Antwort auf den Rechtspopulismus sei, dass man diese Probleme lösen müsse.

Politisches Programm bei Krisenbewältigung

Auch die europäische Politik bekommt von Chomsky unter Berufung auf den Ökonomen Mark Weisbrot ihr Fett ab. Die Krisenbewältigung in Europa von 2008 bis 2011 habe die Agenda

gehabt, die sozialdemokratischen Prozess Europas in der Nachkriegszeit abzubauen und ein System wiederherzustellen, das auf die Interessen der Banken und der Reichen ausgerichtet sei. Wirtschaftlich seien die Programme absurd gewesen, das hätten auch die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) so gesehen.

Zudem sei sichergestellt worden, dass die Entscheidungsfindung aus den Händen der Bevölkerung genommen wurde. Im Fall Griechenland übernahm die Troika das Kommando. Als die griechische Regierung „den unverschämten Vorschlag machte, dass die Griechen vielleicht gefragt werden sollten“, hätten die europäischen Eliten wütend reagiert - und die Auflagen für Griechenland noch härter gemacht. In Europa würde also eine ähnliche Politik wie die von Trump gemacht, „nicht ganz so extrem, aber ähnlich“.

Medien „zu unterwürfig“

Auch bei seiner Medienkritik bleibt Chomsky streitbar: Die Massenmedien würden nicht genügend über diese

Themen berichten und seien Politikern gegenüber zu unterwürfig: „Es gibt ein Konzept von Objektivität in den Medien, das sogar in Journalismusschulen unterrichtet wird. Objektivität bedeutet im Journalismus, dass man präzise berichtet, worüber in Washington diskutiert wird.“ Wenn man also berichtet, was die da oben sagen, gelte man als objektiv.

Wenn man aber etwas anderes sage, gelte man als voreingenommen: „Wenn man also bei den republikanischen Vorwahlen als Journalist geschrieben hätte, dass jeder republikanische Präsidentschaftskandidat dafür ist, jegliche Perspektive auf das Überleben der Menschheit so schnell wie möglich zu zerstören, wäre man voreingenommen gewesen. Es wäre aber die Wahrheit gewesen.“

Die bearbeitete Fassung des Interviews für die ORF-/3sat-Sendung ZIP 2 erschien am 19.4.2017 auf ORF.at

Das Video ist auch abrufbar über www.friedensratschlag.de

USA: Das Land verändert sich

von Reiner Braun, Berlin, Co-President des International Peace Bureau (IPB)

Reiner Braun war im Februar und März über fünf Wochen zu einer Speaker Tour in den USA unterwegs.

Sonne in Kalifornien, Regenwetter in Oregon und tiefer Winter in Boston sowie Frühjahr in Salt Lake City – eine sechswöchige Tour durch die USA ist zu dieser Zeit immer ein Erlebnis. Während meiner friedenspolitischen speaker's tour kann ich hautnah den politischen Umbruch spüren und dabei fast gleichzeitig diese kontrastreichen Eindrücke von Landschaften und deren Schönheit genießen.

Für ihren Erhalt wird überall heftig gekämpft. Vielleicht ist es eine Errungenschaft, dass um Umwelt und Umweltgestaltung heftig gestritten wird, fast in jeder Region und in jedem Staat. Umwelt- und Klimabewusstsein ist weit über die kritisch-engagierten Akteure hinaus vorhanden, es prägt das Handeln der sogenannten Mittelschichten, auch wenn es immer noch Tabuthemen gibt. So gilt das Auto in den USA weiterhin ungebrochen als unverzichtbar. Trotzdem sind die Veränderungen

im Umwelt- und Klimabewusstsein auffällig. Erschreckend ist, wie die Trump-Regierung durch Ausgabenkürzungen, Schließungen von Forschungsinstituten und Förderung der Kohle- und Ölindustrie den Zeiger der Zeit zurückdrehen will. Das Gegenteil wäre notwendig, ein Blick auf die Klimabilanz der USA zeigt dies.

Klima- und Umweltfragen mobilisieren

Ich habe während meiner USA-Reise bisher keinen Vortrag erlebt, bei dem nicht nach Deutschland und den erneuerbaren Energien mit viel Sympathie für die deutsche Entwicklung gefragt wurde. Klima- und Umweltfragen sind ein mobilisierender Faktor für US-Bewegungen. Der für den 29. April geplante Klimamarsch ist eine Absage an die hemmungslose Politik der Ausbeutung aller Ressourcen durch die Trump-Administration und die Konzerne. Im Aufruf zur Demonstration wird die Friedensfrage als untrennbar mit der Klima-Problematik verbunden erwähnt.

Die Ökologisierung hat sich stark in die Regionen, ja lokal in die Städte verlagert, besonders Kalifornien wird »erneuerbar« und »grün«. Aufgezeigt werden die Möglichkeiten und Grenzen »grüner« Modernisierung unter kapitalistischen Rahmenbedingungen.

Umweltschutz ist für alle progressiven Kräfte eine zentrale Frage, Frieden bisher nicht. Das Thema Frieden war – wenn auch zu Unrecht – mehr oder weniger abgetreten an Obama. Die Friedensbewegung, relativ schwach, hat sich in der Vergangenheit intensiv bemüht, das Thema aktionsfähig zu halten, mit einigen Erfolgen, aber nicht als Massenbewegung. Die Friedensbewegung ist – wie bei uns – eher weißhaarig. Aktiv war sie immer, Obama- und Clinton-kritisch sowieso.

Aus Frust über Trump wurde Mobilisierung

Vieles hat sich seit der Inauguration von Trump geändert. Die Frustration über Trumps Wahl (sie war kaum eine Enttäuschung über Clintons Nichtwahl),

die Erkenntnis, dass rechtsradikale Politik und Ideologie die Gesellschaft negativ umkrempeln können, ja die Wut auf unverantwortliche rassistische und sexistische Hetze hat zu einer nicht erwarteten Mobilisierung besonders junger Menschen in den USA geführt. Tolle Kontakte mit diesen Menschen haben mir in den letzten Tagen

ders. Sie ist der politische Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit der progressiven Kräfte und des Vertrauensverlusts von Millionen US-Bürgern gegenüber den Macht- und Geld-Eliten (der bei vielen eben auch nicht rechtspopulistisch instrumentalisierbar ist). Sie ist auch Ausdruck von Erwachen und Erkenntnis, dass es notwendig ist, selbst

dass daraus jetzt eine politische Bewegung für globale soziale und ökologische Gerechtigkeit sowie für Frieden und Abrüstung wird. Meine Veranstaltungen an den Universitäten und Colleges sind ermutigend. Politisierung ist das Stichwort. Oft habe ich mich in den letzten Wochen an meine von den »68ern« geprägte politische Entwicklung erinnert. Wir müssen nicht nur mehr werden, sondern politischer! Immer wieder wird dieser Gedanke von »alten KämpferInnen« und »jungen AktivistInnen« geäußert. Immer wieder darf ich nach meinen Vorträgen zu dieser Frage diskutieren.

Die ersten Planungen für mehr Aktionen sind mehr als herausfordernd: Demonstration der Wissenschaftler (hat es in dieser Größe in den USA noch nie gegeben) für Wissenschaftsfreiheit und für eine öffentliche Finanzierung der Forschung am 22. April, Marsch für das Klima am 29. April in Washington, »women`s march against the bomb« am 18. Juni in New York sowie vielfältige Aktionen gegen die Dakota Access Pipeline an fast jedem Wochenende.

Zum Verständnis dieses großen Landes gehört auch, zu begreifen, dass jede angekündigte zentrale Aktion weitere in vielen Teilen des Landes nach sich zieht. Alle, die nicht zentral demonstrieren können, bereiten Aktionen in ihrer Region oder Stadt vor – beeindruckend.

Ich kann keine Ergebnisse, weder Erfolge noch Niederlagen voraussagen, ich kann aber sagen, es ist toll, was sich tut: Viele Menschen setzen sich in Bewegung, sind im politischen Aufbruch.

*Der Beitrag erschien zuerst in der
Zweischenschrift Ossietzky*



*Aktion vor dem UN-Hauptquartier am 17.2.2017 der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) anlässlich der Verhandlungen zum Verbot von Nuklearwaffen
Foto: Flickr*

ein tieferes Gefühl der Frustration über die zutiefst unmenschlichen Sprüche und politischen Vorstellungen des neoliberalen Milliardärs Trump mit seiner zumindest halbkriminellen Vergangenheit vermittelt. Faschisierung! – das ist ein in den USA oft gebrauchter Terminus, dem ich immer aus deutschen Erfahrungen widerspreche.

Demonstrationen gegen Trump sind ein Aufstand des Anstandes. Selten habe ich das Wort dignity (Würde) mit so einer tiefen individuellen Empathie gehört wie jetzt bei der Ankündigung weiterer und intensiverer Proteste gegen die Politik der Milliardäre und Generäle. Aus dieser moralischen Bewegung, die an Martin Luther Kings Bürgerbewegung anknüpft, muss jetzt eine soziale und Friedensbewegung werden oder – wie es viele ältere Mitstreiter formulieren: eine Bewegung gegen das schlimmste Übel der USA, den Militarismus. Die Bewegung ist schon in den ersten Ansätzen weit mehr als eine Anti-Trump-Bewegung, mehr auch als eine Bewegung gegen die korrupte neoliberale individualistische Globalisierungspolitik à la Clinton. Sie ist deutlich mehr als eine Unterstützungsbewegung für Bernie San-

zu handeln, wenn Frieden und Gerechtigkeit in den USA auch nur in Ansätzen erreicht werden sollen. Trumps Drehen an der Rüstungsspirale verängstigt viele Menschen.

Protest wird politischer

Diese Bewegung ist dabei, sich zu entwickeln. Richtiger ist, von Bewegungen zu sprechen. Sie sind im Kern, auch wenn das die Mehrheit der jetzt aktiv werdenden Menschen vielleicht noch nicht so sieht: antiimperialistisch, antioligarchisch. Ich scheue mich noch, das Wort antikapitalistisch zu benutzen. Diese Bewegungen sind ermutigend, aufmunternd. Sie brechen die Resignation und Verzweiflung nach Trumps Wahlsieg auf. Zu hoffen ist,



*Grafik der Women's International League for Peace & Freedom
Quelle: www.womenbanthebomb.org*

Neun Schritte in Richtung Frieden

von Claudia Haydt, Rede beim Bodensee Friedensweg am 17.4.2017

Eine gute Nachricht gab es in den letzten Tagen: In Deutschland sind immer weniger junge Menschen davon überzeugt, dass die Erlernung des Kriegshandwerks eine gute Karriereentscheidung ist. Vor wenigen Tagen beklagte deswegen Ursula von der Leyen, ein „gigantisches Personalproblem“ der Bundeswehr – und das ist auch gut so.

Ein wichtiger erster Schritt zur zivilen Bearbeitung von Konflikten ist, dass diejenigen die die Waffen tragen sollen, Alternativen erkennen und ergreifen können. Dazu gehören Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Dazu gehört, dass in jedem Flüchtlingslager ganz selbstverständlich neben der Versorgung mit Nahrung und Gesundheit auch ausreichend Bildungsangebote vorhanden sein müssen. Es ist eine Schande, dass dafür immer wieder das Geld fehlt, während eine neue Aufrüstungswelle nach der anderen geplant ist: Investiert in Bildung nicht in Waffen!

In jedem Krieg gibt es zum Glück Menschen die nicht kämpfen, die nicht töten wollen. Diese Deserteure sind die wahren Helden. Wenn all diejenigen, die dem Krieg den Rücken zukehren, wissen dass es Orte gibt, wo sie Zuflucht finden, dann kann ihr Beispiel schnell Schule machen.

Desertion muss ein Asylgrund sein.

Konflikte wird es immer geben und Interessenskollisionen wird es immer geben. Das stimmt. Aber das bedeutet nicht, dass es immer Kriege und Bürgerkriege geben muss. Ein wesentlicher Schritt weg von der Barbarei des Krieges ist die Stärkung des Rechtes, der Schutz von Menschenrechten und die Stärkung des internationalen Rechtes, des so genannten Völkerrechtes.

An dieser Stelle ist es notwendig, dass die reichen und mächtigen Staaten des Nordens mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn die Mächtigen sichtbar über dem Gesetz stehen, dann zerstören sie dessen Glaubwürdigkeit.

Ich möchte konkret werden: Der Einsatz von Chemiewaffen verstößt gegen Völkerrecht. Es verstößt aber auch gegen das Völkerrecht, wenn aus dem blauen Himmel heraus, Killerdrohnen

auf nicht erklärten Schlachtfeldern Menschen ermorden. Es ist rechtswidrig, wenn mit der „Mutter aller Bomben“ in einem Radius von einer Meile alles zerstört und alle getötet werden. All dies muss aufhören.

Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, egal woher sie kommen.

Ich denke dabei gar nicht in aller erster Linie an Verurteilungen vor dem internationalen Strafgerichtshof. Ich denke an eine ehrliche Aufarbeitung von Verbrechen. Die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südafrika sind ein guter Ansatz.

Es gibt übrigens viele positive Ausöhnungs-Prozesse von denen wir lernen können. Nordirland, Kolumbien, der Atomstreit mit dem Iran – um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Auch hier, in der Deutschland, in der NATO in der EU ist eine Aufarbeitung der eigenen Verantwortung dringend nötig. Die kritische Ärzteorganisation IPPNW berechnete, dass allein die ersten zehn Jahre des so genannten Krieges gegen den Terror etwa 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet haben – in Afghanistan, in Pakistan und im Irak.

Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Wenn wir nicht zur Kenntnis nehmen, wie barbarisch die westliche Kriegspolitik ist, dann werden die gleichen Fehler immer weiter fortgesetzt. Terror ist barbarisch, doch der Westen schafft mit seiner Interventionspolitik immer neue Rekrutierungshilfen für Terrororganisationen. Die westliche Interventionspolitik wird durch viele der Betroffenen als Terror wahrgenommen. Deswegen dürfen wir auch nicht schweigen, nicht zu den Massakern an überwiegend sunnitische Bevölkerung in Mossul und nicht zum drohenden Hungertod von Millionen im Jemen. Krieg ist keine Lösung. Krieg ist Teil des Problems!

Diplomatie ist kein Wundermittel und es gibt keine magische Formel die von heute auf morgen überall Frieden bringt aber es gibt Schritte zur Deeskalation und zur Vertrauensbildung die aus der gewaltsamen Konfrontation he-

rausführen. Ich möchte hier beispielhaft neun Schritte nennen:

1. Immer die Interessen der jeweils anderen Seite mit denken. Das kann uns aus der Konfrontation mit Russland herausführen, das kann auch die Konfrontation mit Nordkorea entspannen.

Sicherheit lässt sich nicht gegen andere aber durchaus mit anderen erzielen. Das gilt überall auf der Welt und es ist Aufgabe der reichen und mächtigen Staaten, hier mit gutem Beispiel voran zu gehen. Friedensverhandlungen führt man in der Regel nicht mit Freunden, sondern manchmal auch mit sehr unappetitlichen Gestalten. Sie sind dennoch beziehungsweise genau deswegen nötig. Tausend Tage Verhandlungen sind dabei immer besser als eine Stunde Bombardieren.

2. Aufrüstung – egal wo – ist das denkbar falsche Signal. Es trägt auch nicht zum Frieden bei, in einem Bürgerkrieg eine, wie auch immer „gute“, Seite aufzurüsten und auszubilden. Wir sehen immer wieder, dass schlussendlich auch die Waffen in den angeblich „richtigen“ Händen töten und den Bürgerkrieg verlängern.

3. Nötig ist stattdessen alles zu tun, um zivile Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um ökonomische Alternativen zu Kriegsökonomie zu eröffnen. Konkret: schrankenloser Freihandel trägt mit zur Eskalation bei. Er spült den Kriegsherren das Geld in die Hände, wenn sie die Rohstoffquellen kontrollieren und diese auf den Weltmärkten verschachern. Egal ob es um Tropenholz, Diamanten, Gold oder wertvolle Erze geht, es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass solche blutigen Rohstoffe nicht mehr hier gehandelt werden können.

4. Es hilft leider auch wenig, wenn mit viel Entwicklungshilfegeldern, Kleinlandwirte gefördert und Handwerksbetriebe aufgebaut werden – z.B. in Afghanistan – und dann durch internationale Berater die Geset-



Claudia Haydt beim Ostermarsch München, Quelle: Screenshot von YouTube-Video

ze im Land so geändert werden, dass Billigprodukte aus Europa und China diesen Kleingewerbetreibenden durch ihre Konkurrenz den Garaus machen. Wenn nachholende Entwicklung nicht möglich ist, dann ist die Spirale aus Armut und Krieg schwer zu durchbrechen. Wir brauchen fairen Handel.

5. Unfair ist es auch, wenn die reichen Staaten den fruchtbaren Grund und Boden in armen Regionen zu Schleuderpreisen aufkaufen. So haben die Länder des Südens keine Chance, die Lebensmittel zu produzieren, die zum Überleben nötig sind und der Konflikt um das verbleibende Land und die schwindenden Wasservorräte führt zu noch mehr Bürgerkriegen zwischen schwachen und schwächeren Gruppen.

Dieser Landraub muss beendet werden. Lebensmittel dürfen nicht mehr an den internationalen Börsen gehandelt werden. Spekulation mit überlebensnotwendigen Gütern ist obszön – Genauso wie der gigantische Reichtum einiger Weniger.

6. Wir dürfen nie vergessen, die Grundlage für den Reichtum des Nordens legte der Kolonialismus. Und noch heute fließen trotz aller Entwicklungshilfe wesentlich mehr Gelder aus dem Süden in den Norden als umgekehrt. Ein großzügiger Schuldschnitt und faire Preise für fair gehandelte Rohstoffe ist nötig. Das ist Armutsbekämpfung, das ist Antikriegs-

politik aber vor allem ist es ein Stück Gerechtigkeit.

7. Auch eine andere Umweltpolitik trägt zur Bearbeitung von Konflikten bei. Der Klimawandel trifft die ärmsten Regionen am stärksten, durch Überschwemmungen in den einen Regionen und durch zunehmende Dürreperioden in den anderen Regionen. Dass Trump den Klimawandel leugnet, das gibt uns hier noch lange nicht das Recht, immer mehr spritfressende Autos zu kaufen und am Klimakiller Kohle festzuhalten. Respekt vor der Natur, ist Respekt vor dem Menschen und ebenfalls ein Stück Friedenspolitik. Auch hier gilt: wir können und wir müssen mit gutem Beispiel voran gehen.

8. Es gibt keinen Grund zu westlicher Arroganz gegenüber dem „Rest der Welt“. Es gibt kein Grund zur Annahme, dass wir zivilisierter oder fortschrittlicher sind und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass Menschenleben unterschiedlich viel wert sind. Doch genau diese Arroganz

verführt zu der Annahme, dass kriegerische Interventionen Lösungen bringen. Niemand würde ernsthaft vorschlagen, dass wir die Börsen dieser Welt bombardieren sollten, auch wenn sie durch ihre Spekulationspolitik für tausendfachen Hungertod oder für das Sterben an behandelbaren Krankheiten mit verantwortlich sind. Damit kein Missverständnis aufkommt: ich schlage das auch nicht vor. Wir schlagen es nicht vor, weil wir wissen, dass sich hier Strukturen, dass sich hier Politik verändern muss. Das gleiche gilt wohl überall auf der Welt. Jeder Tote ist ein Toter zu viel.

9. Jeder Krieg braucht Feindbilder, nicht selten kombiniert mit rassistischen Vorurteilen. Doch die Gegner sind nicht die Angehörigen fremder Kulturen, die Gegner sind die Profiteure der Kriege, die Ausbeuter und Unterdrücker dieser Welt. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, nicht nach Hautfarbe, nicht nach Sprache oder Religion. Was banal klingt, ist heute wichtiger denn je: jedes Menschenleben ist gleich viel wert.

Wie schon gesagt: Das Musterrezept für den Frieden gibt es nicht. Aber es gibt Wege raus aus der Spirale der Gewalt.

Die sind Stärkung des Rechtes, Abrüstung, Stopp von Rüstungsexporten und militärischen Auslandseinsätzen, Unterstützung von Deserteuren, gerechter Welthandel, eine bessere Klimapolitik. Aber vor allem lasst uns aufhören uns gegenseitig als Feinde zu sehen. Lasst uns aufhören, Kriege vorzubereiten.

„Die Waffen nieder!“ ist heute dringlicher denn je.

Tagesseminar des Bundesausschusses Friedensratschlag

am Samstag, den 24. Juni 2017 ab 11 Uhr
in Frankfurt a.M., Heinrich-Hoffmann-Straße 3
ab 11 Uhr

Detailliertes Programm mit Themen und Referenten demnächst auf www.friedensratschlag.de

Voranmeldungen an:
bundesausschuss@friedensratschlag.de

Infos zum Tagungsort: www.hoffmanns-hoefe.de

Vorgesehene Themenblöcke im Kontext unserer Perspektiven als Friedensbewegung:

1. Deutsche Außen- und Militärpolitik:
Russland-Konflikt und NATO-Stationierung in Osteuropa
2. „Zerlegung des Nahen Ostens?“:
Israel-Palästina, Türkei – Syrien – Irak
3. Imperialistische Neuaufteilung der Welt?
neue Kriege zwischen imperialistischen Staaten?